

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis . . . . .	IX
Literaturverzeichnis . . . . .	XXI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XLI
<b>Einführung</b> . . . . .	1
A. Problemaufriss . . . . .	1
B. Die sozialwissenschaftliche Ausgangslage . . . . .	2
C. Die rechtliche Ausgangslage . . . . .	5
D. Methodisches Vorgehen und Themeneingrenzung . . . . .	7
E. Gang der Untersuchung . . . . .	8
<b>1. Kapitel: Rechtliche Ausgangslage</b> . . . . .	9
A. Völkerrechtliche Grundlagen . . . . .	11
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen . . . . .	15
C. Einfachgesetzliche Rechtsgrundlagen . . . . .	19
D. Fazit zum ersten Kapitel . . . . .	44
<b>2. Kapitel: Zulässigkeitsvoraussetzungen</b> . . . . .	47
A. Deutschland . . . . .	47
B. Österreich . . . . .	68
C. Vergleich und Resümee . . . . .	78
D. Fazit zum zweiten Kapitel . . . . .	103
<b>3. Kapitel: Gerichtliche Überprüfung</b> . . . . .	105
A. Verfassungs- und völkerrechtliche Grundlagen . . . . .	105
B. Richterliche Rechtmäßigkeitskontrolle . . . . .	106
C. Vergleich und Resümee . . . . .	123
D. Fazit zum dritten Kapitel . . . . .	143
<b>4. Kapitel: Unterstützung durch Interessenvertreter</b> . . . . .	145
A. Überblick . . . . .	145
B. Individuelle Interessenvertretung . . . . .	146
C. Neutrale Interessenvertretung . . . . .	162
D. Fazit zum vierten Kapitel . . . . .	190

<b>5. Kapitel: Staatliche Kontrolle und Überwachung</b> . . . . .	191
A. Überprüfung von Pflegeeinrichtungen . . . . .	191
B. Nationale Präventionsmechanismen zur Verhütung von Folter und Misshandlung . . . . .	198
C. Resümee . . . . .	204
D. Fazit zum fünften Kapitel . . . . .	207
<b>6. Kapitel: Prävention von freiheitsentziehenden Maßnahmen</b> . . . . .	209
A. Haftungsrecht . . . . .	209
B. Prävention durch Fortbildung und Beratung . . . . .	219
C. Fazit zum sechsten Kapitel . . . . .	229
<b>7. Kapitel: Gesamtfazit</b> . . . . .	231
A. Wesentliche Erkenntnisse des Rechtsvergleichs . . . . .	231
B. Zusammenfassung der Thesen . . . . .	237
C. Reformvorschlag zur Regelung von freiheitsentziehenden Maßnahmen im Bereich der stationären Altenpflege . . . . .	242
D. Reformvorschlag zur Qualifikation von Betreuungsrichtern . . . . .	243
E. Reformvorschlag zur Einholung eines Sachverständigengutachtens . . . . .	244
F. Reformvorschlag zur Verfahrenspflegschaft in Unterbringungs- sachen . . . . .	244
G. Reformvorschlag zur Prävention von freiheitsentziehenden Maßnahmen . . . . .	245
<b>Anhang: Auszüge österreichischer Gesetzestexte</b> . . . . .	247
A. Heimaufenthaltsgesetz (HeimAufG) . . . . .	247
B. Bundesverfassungsgesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit (PersFrG) . . . . .	254
C. Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB) . . . . .	257
D. Erwachsenenschutzvereinsgesetz (ErwSchVG) . . . . .	269
E. Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) . . . . .	272
F. Ärztegesetz 1998 (ÄrzteG 1998) . . . . .	276
G. Außerstreitgesetz (AußStrG) . . . . .	278
H. Volksanwaltschaftsgesetz 1982 (VolksanwG) . . . . .	279
I. Bundesverfassungsgesetz (BV-G) . . . . .	283

# Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis . . . . .	XXI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XLI
<b>Einführung</b> . . . . .	1
A. Problemaufriss . . . . .	1
B. Die sozialwissenschaftliche Ausgangslage . . . . .	2
C. Die rechtliche Ausgangslage . . . . .	5
D. Methodisches Vorgehen und Themeneingrenzung . . . . .	7
E. Gang der Untersuchung . . . . .	8
<b>1. Kapitel: Rechtliche Ausgangslage</b> . . . . .	9
A. Völkerrechtliche Grundlagen . . . . .	9
I. Überblick . . . . .	9
II. Die Europäische Menschenrechtskonvention . . . . .	10
1. Geltung und Rang der EMRK in Deutschland und Österreich . . . . .	10
2. Art. 5 EMRK: Recht auf Freiheit und Sicherheit . . . . .	10
III. Die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen . . . . .	11
1. Allgemeines . . . . .	11
2. Relevante Konventionsrechte . . . . .	12
a) Überblick . . . . .	12
b) Art. 12 UN-BRK . . . . .	13
aa) Gleiche Anerkennung vor dem Recht . . . . .	13
bb) Spezifische staatliche Verpflichtungen . . . . .	14
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen . . . . .	15
I. Deutschland . . . . .	15
1. Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG: Recht auf Freiheit der Person . . . . .	15
2. Art. 104 GG: Rechtsgarantien bei Freiheitsentziehung . . . . .	16
a) Art. 104 Abs. 1 GG . . . . .	16
b) Art. 104 Abs. 2 GG . . . . .	17
II. Österreich . . . . .	18
1. Verfassungsrechtlicher Schutz durch EMRK und PersFrG . . . . .	18

2. Zulässigkeit eines Eingriffs und besondere Rechte bei Freiheitsentziehungen . . . . .	18
C. Einfachgesetzliche Rechtsgrundlagen . . . . .	19
I. Systematische Einordnung . . . . .	19
1. Deutschland . . . . .	19
a) Zivilrechtliche Ebene . . . . .	20
b) Öffentlich-rechtliche Ebene . . . . .	20
2. Österreich . . . . .	21
a) Historischer Hintergrund . . . . .	22
b) Qualifizierung als hoheitliche Zwangsmaßnahme . . . . .	22
II. Geltungsbereich der Rechtsgrundlagen . . . . .	23
1. Deutschland . . . . .	23
a) Überblick . . . . .	23
b) Einschränkung in örtlicher Hinsicht . . . . .	23
c) Einschränkung in personeller Hinsicht . . . . .	24
d) Einschränkung in zeitlicher Hinsicht . . . . .	24
aa) Regelmäßigkeit . . . . .	25
bb) Längerer Zeitraum . . . . .	25
2. Österreich . . . . .	26
III. Begriff der freiheitsentziehenden Maßnahme . . . . .	27
1. Deutschland . . . . .	27
a) Wesentliche Merkmale . . . . .	27
b) Keine Freiheitsentziehung bei Einwilligung des Betroffenen . . . . .	28
aa) Einwilligungsfähigkeit des Betroffenen . . . . .	28
bb) Möglichkeit der antizipierten Einwilligung . . . . .	29
c) Freiheitsentziehende Maßnahmen in der Altenpflege . . . . .	31
aa) Medikamentöse Maßnahmen . . . . .	32
bb) Personenortungsanlagen . . . . .	33
2. Österreich . . . . .	34
a) Wesentliche Merkmale . . . . .	34
b) Keine Freiheitsentziehung bei Einwilligung des Betroffenen . . . . .	35
c) Freiheitsbeschränkende Maßnahmen in der Altenpflege . . . . .	36
aa) Medikamentöse Maßnahmen . . . . .	36
bb) Androhung von freiheitsbeschränkenden Maßnahmen . . . . .	37
IV. Vergleich und Resümee . . . . .	38
1. Überblick . . . . .	38

2. Geltungsbereich und Begriffsverständnis . . . . .	38
a) Geltungsbereich der Rechtsgrundlagen . . . . .	38
b) Begriffsverständnis . . . . .	39
3. Differierende Stellung im Rechtssystem. . . . .	41
a) Vergleich. . . . .	41
b) Dualismus von zivil- und öffentlich-rechtlichem Unterbringungsrecht im deutschen Recht . . . . .	42
aa) Möglichkeiten der Vereinheitlichung . . . . .	42
bb) Streichung der betreuungsrechtlichen Regelung? . . . . .	43
D. Fazit zum ersten Kapitel. . . . .	44
<b>2. Kapitel: Zulässigkeitsvoraussetzungen</b> . . . . .	47
A. Deutschland. . . . .	47
I. Materiell-rechtliche Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	47
1. Psychische Krankheit oder geistige oder seelische Behinderung . . . . .	48
2. Unterbringungstatbestände des § 1906 Abs. 1 BGB . . . . .	48
a) Gefahr einer Selbstschädigung . . . . .	49
b) Notwendigkeit einer medizinischen Behandlung . . . . .	50
aa) Doppelte Notwendigkeitsbedingung . . . . .	50
bb) Zulässigkeit der medizinischen Behandlung . . . . .	51
3. Verhältnismäßigkeitsgebot. . . . .	52
a) Geeignetheit der Maßnahme . . . . .	53
b) Erforderlichkeit der Maßnahme . . . . .	53
aa) Mögliche Alternativmaßnahmen . . . . .	54
bb) Berücksichtigung von personellen, sachlichen und finanziellen Rahmenbedingungen . . . . .	55
c) Angemessenheit der Maßnahme . . . . .	57
II. Formelle Zulässigkeitsvoraussetzungen. . . . .	58
1. Einwilligung des Betreuers/Vorsorgebevollmächtigten . . . . .	59
a) Zuständigkeit des Betreuers . . . . .	59
aa) Ausdrückliche Bestellung für freiheitsentziehende Maßnahmen . . . . .	60
bb) Wunschbefolgungspflicht des Betreuers . . . . .	61
b) Zuständigkeit des Vorsorgebevollmächtigten. . . . .	62
c) Subsidiäre Zuständigkeit des Gerichts. . . . .	64
d) Subsidiäre Zuständigkeit der Ehegatten . . . . .	64
2. Gerichtliche Genehmigung . . . . .	65
III. Durchführung der freiheitsentziehenden Maßnahme. . . . .	65

1. Durchführungsverantwortung des Betreuers/Vorsorgebevollmächtigten . . . . .	65
2. Dokumentationspflichten . . . . .	66
B. Österreich . . . . .	68
I. Materiell-rechtliche Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	68
1. Psychische Krankheit oder geistige Behinderung . . . . .	68
2. Gefährdung von Leben oder Gesundheit. . . . .	69
3. Verhältnismäßigkeit der Freiheitsbeschränkung. . . . .	69
II. Formelle Zulässigkeitsvoraussetzungen. . . . .	70
1. Überblick . . . . .	70
2. Anordnung der freiheitsbeschränkenden Maßnahme. . . . .	71
a) Überblick . . . . .	71
b) Anordnungsbefugnis. . . . .	71
aa) Ärztliche Zuständigkeit . . . . .	72
bb) Pflegefachliche Zuständigkeit. . . . .	72
c) Anordnung der Freiheitsbeschränkung . . . . .	73
d) Vornahme ohne formelle Anordnung . . . . .	74
3. Ärztliches Dokument bei längerfristigen Freiheitsbeschränkungen. . . . .	74
4. Zustimmung des Sorgebevollmächtigten bzw. Erwachsenenvertreters bei medikamentösen Maßnahmen . . . . .	75
5. Aufklärung des Betroffenen . . . . .	75
6. Verständigungspflichten . . . . .	76
7. Dokumentationspflichten . . . . .	77
III. Durchführung der freiheitsbeschränkenden Maßnahme. . . . .	78
C. Vergleich und Resümee . . . . .	78
I. Überblick. . . . .	78
II. Zulässigkeitstatbestände . . . . .	79
1. Gemeinsamkeiten . . . . .	79
2. Unterschiede . . . . .	79
a) Überblick . . . . .	79
b) Umgang mit Fremdgefährdungslagen . . . . .	79
aa) Österreich . . . . .	80
bb) Deutschland. . . . .	80
3. Regulierung von Fremdgefährdungslagen . . . . .	81
a) Schließung der Regelungslücke. . . . .	81
b) Vorteile einer gesetzlichen Regelung . . . . .	82

c) Regelungsmöglichkeit im Betreuungsrecht . . . . .	83
III. Gesetzliche Konkretisierung des Verhältnismäßigkeitsprinzips . . .	85
1. Vergleich . . . . .	85
2. Anforderungen an die Bestimmtheit und Klarheit der gesetzlichen Regelung . . . . .	86
3. Konkretisierung des Verhältnismäßigkeitsgebots . . . . .	86
4. Normierung der speziellen Verfahrensanforderungen für Fixierungen . . . . .	87
IV. Entscheidung über die Anwendung einer freiheitsentziehenden Maßnahme . . . . .	88
1. Vergleich . . . . .	89
a) Individualisierungsansatz in Deutschland . . . . .	89
b) Professionalisierungsansatz in Österreich . . . . .	90
2. Wertende Betrachtung . . . . .	91
a) Vorteile einer Entscheidung durch Ärzte und Pflegepersonal	91
b) Vorteile einer Entscheidung durch den Betreuer/Vorsorge- bevollmächtigten . . . . .	92
3. Resümee . . . . .	94
V. Beteiligung des Betroffenen . . . . .	95
1. Überblick . . . . .	95
2. Vergleich . . . . .	96
a) Deutschland . . . . .	96
b) Österreich . . . . .	97
c) Wertende Betrachtung . . . . .	98
3. Resümee . . . . .	98
4. Reformbedarf im deutschen Recht . . . . .	98
a) Qualitätsdefizite in der Praxis . . . . .	98
b) Aufklärung und Überzeugungsversuch als Ausprägung des Ultima-Ratio-Prinzips . . . . .	99
c) Besprechungspflicht und Überzeugungsversuch als Zulässigkeitsvoraussetzung . . . . .	100
VI. Dokumentationspflichten . . . . .	101
1. Vergleich . . . . .	101
2. Reformbedarf . . . . .	102
D. Fazit zum zweiten Kapitel . . . . .	103
<b>3. Kapitel: Gerichtliche Überprüfung . . . . .</b>	<b>105</b>
A. Verfassungs- und völkerrechtliche Grundlagen . . . . .	105
B. Richterliche Rechtmäßigkeitskontrolle . . . . .	106

I.	Deutschland . . . . .	106
1.	Überblick . . . . .	106
2.	Richtervorbehalt gemäß Art. 104 Abs. 2 S. 1 GG . . . . .	106
3.	Ablauf des gerichtlichen Genehmigungsverfahrens . . . . .	107
a)	Einleitung des Verfahrens . . . . .	107
b)	Verfahrensbeteiligte. . . . .	108
c)	Bestellung eines Verfahrenspflegers . . . . .	108
d)	Sachverhaltsermittlung . . . . .	109
aa)	Anhörung des Betroffenen . . . . .	109
bb)	Sachverständigengutachten/Ärztliches Zeugnis. . . . .	112
cc)	Anhörung weiterer Personen . . . . .	114
e)	Entscheidung des Betreuungsgerichts . . . . .	114
aa)	Genehmigungsbeschluss. . . . .	114
bb)	Vorläufige Entscheidung . . . . .	115
cc)	Kosten . . . . .	116
4.	Funktionen des gerichtlichen Überprüfungsverfahrens . . . . .	116
a)	Wirksamer Schutz vor unzulässigen Freiheitsentziehungen . . . . .	116
b)	Kontrolle des Betreuers/Vorsorgebevollmächtigten . . . . .	117
II.	Österreich . . . . .	118
1.	Überblick . . . . .	118
2.	Ablauf des gerichtlichen Überprüfungsverfahrens . . . . .	118
a)	Zweistufiges Verfahren . . . . .	118
b)	Antrag auf gerichtliche Überprüfung . . . . .	119
c)	Erstanhörung und vorläufige Entscheidung . . . . .	119
d)	Mündliche Verhandlung. . . . .	120
e)	Beschluss des Bezirksgerichts. . . . .	121
3.	Funktionen des gerichtlichen Überprüfungsverfahrens . . . . .	123
C.	Vergleich und Resümee . . . . .	123
I.	Garantie einer richterlichen Rechtmäßigkeitskontrolle. . . . .	124
1.	Vergleich . . . . .	124
2.	Wertende Betrachtung. . . . .	125
a)	Reaktionsschnelle Gefahrenabwehr durch unmittelbares Tätigwerden . . . . .	125
b)	Hohes Schutzniveau einer vorangehenden Rechtmäßigkeitskontrolle . . . . .	125
c)	Zwischenfazit . . . . .	127

3. Resümee . . . . .	127
a) Qualifikation von Betreuungsrichtern . . . . .	127
b) Eingangsvoraussetzungen für die Tätigkeit als Betreuungs- richter . . . . .	128
c) Reformvorschlag zur Qualifikation von Betreuungs- richtern . . . . .	129
II. Beteiligung von Sachverständigen . . . . .	132
1. Überblick . . . . .	132
2. Rechtliche Umsetzung . . . . .	133
a) Deutschland . . . . .	133
b) Österreich . . . . .	133
3. Auswahl des Sachverständigen . . . . .	134
a) Deutschland . . . . .	134
b) Österreich . . . . .	136
c) Reformbedarf . . . . .	136
aa) Zusätzliche Bestellung eines Pflegesachverständigen . . . . .	137
bb) Personenverschiedenheit von behandelndem Arzt und Sachverständigem . . . . .	138
4. Form der sachverständigen Beteiligung . . . . .	140
a) Vergleich . . . . .	140
b) Besonderheiten des ärztlichen Zeugnisses . . . . .	140
c) Umkehr des Regel-Ausnahme-Prinzips in § 321 Abs. 2 FamFG . . . . .	141
d) Reformvorschlag zu § 321 Abs. 2 FamFG . . . . .	142
D. Fazit zum dritten Kapitel . . . . .	143
<b>4. Kapitel: Unterstützung durch Interessenvertreter . . . . .</b>	<b>145</b>
A. Überblick . . . . .	145
B. Individuelle Interessenvertretung . . . . .	146
I. Recht auf persönliche Unterstützung . . . . .	146
II. Deutschland . . . . .	147
1. Interessenvertretung durch den rechtlichen Betreuer/Vorsorge- bevollmächtigten . . . . .	147
2. Interessenvertretung bei Anwendung von freiheitsentziehenden Maßnahmen . . . . .	147
a) Überblick . . . . .	147
b) Einwilligung in die freiheitsentziehende Maßnahme . . . . .	148
c) Partizipation im Genehmigungsverfahren . . . . .	149
d) Fortlaufende Kontrolle . . . . .	149

3. Interessenvertretung durch Angehörige oder Vertrauenspersonen . . . . .	150
III. Österreich . . . . .	150
1. Überblick . . . . .	150
2. Allgemeine Interessenvertretung durch den Vorsorgebevollmächtigten bzw. Erwachsenenvertreter . . . . .	151
a) Zum Institut der Erwachsenenvertretung . . . . .	151
b) Rechte und Pflichten des Vorsorgebevollmächtigten bzw. Erwachsenenvertreter. . . . .	153
3. Interessenvertretung bei Anwendung einer Freiheitsbeschränkung i.S.d. HeimAufG. . . . .	154
a) Verständigung nach § 7 Abs. 2 HeimAufG . . . . .	154
b) Ermittlungsbefugnisse nach § 9 Abs. 1 HeimAufG. . . . .	155
c) Befugnis zur Beantragung eines gerichtlichen Überprüfungsverfahrens . . . . .	156
d) Befugnis zur Beantragung einer neuerlichen gerichtlichen Überprüfung der Maßnahme . . . . .	156
IV. Vergleich . . . . .	157
1. Überblick . . . . .	157
2. Besprechung der freiheitsentziehenden Maßnahme . . . . .	157
a) Deutschland . . . . .	158
b) Österreich. . . . .	158
c) Resümee . . . . .	158
3. Verpflichtung zum persönlichen Kontakt . . . . .	159
4. Rechtsschutz und Kontrolle durch Beteiligung der individuellen Interessenvertreter . . . . .	160
a) Deutschland . . . . .	160
b) Österreich. . . . .	161
c) Resümee . . . . .	161
C. Neutrale Interessenvertretung . . . . .	162
I. Notwendigkeit der Beteiligung von neutralen Interessenvertretern zum Schutz der Betroffenen. . . . .	162
II. Deutschland. . . . .	163
1. Das Institut der Verfahrenspflegschaft . . . . .	163
2. Person des Verfahrenspflegers . . . . .	165
a) Auswahl der Person. . . . .	165
b) Anforderungsprofil . . . . .	165
c) Der „Werdenfelser Weg“ . . . . .	166

aa) Die Initiative . . . . .	167
bb) Kritik. . . . .	167
3. Rolle und Aufgaben des Verfahrenspflegers . . . . .	168
4. Vergütung und Aufwendersersatz . . . . .	170
III. Österreich . . . . .	170
1. Das Institut der Bewohnervertretung. . . . .	171
2. Person des Bewohnervertreeters. . . . .	171
3. Aufgaben des Bewohnervertreeters . . . . .	172
a) Ermittlungsbefugnisse der Bewohnervertreter. . . . .	172
b) Außergerichtliche Krisenintervention . . . . .	173
c) Befugnis zur Beantragung einer Rechtmäßigkeitskontrolle . . . . .	174
d) Zusammenarbeit mit weiteren Behörden . . . . .	174
4. Rolle des Bewohnervertreeters. . . . .	175
a) Fürsprecher der betroffenen Heimbewohner. . . . .	175
b) Berater der Pflegeeinrichtung . . . . .	176
5. Vergütung . . . . .	177
IV. Vergleich . . . . .	177
1. Notwendigkeit der Beteiligung . . . . .	177
a) Vergleich. . . . .	177
b) Kritik an den gesetzlichen Einschränkungen im deutschen Recht . . . . .	178
aa) Erforderlichkeit der Verfahrenspflegerbestellung . . . . .	178
bb) Vorrang der anwaltlichen Vertretung . . . . .	180
2. Aufgabenprofil. . . . .	181
a) Vergleich. . . . .	181
b) Wertende Betrachtung . . . . .	181
3. Qualifikationsanforderungen. . . . .	183
a) Vergleich. . . . .	183
b) Wertende Betrachtung . . . . .	184
c) Gesetzliche Qualifikationsvoraussetzungen für Verfahrens- beistände. . . . .	184
d) Mögliche Neuregelung . . . . .	186
e) Formulierungsvorschlag . . . . .	189
D. Fazit zum vierten Kapitel . . . . .	190
<b>5. Kapitel: Staatliche Kontrolle und Überwachung . . . . .</b>	<b>191</b>
A. Überprüfung von Pflegeeinrichtungen . . . . .	191
I. Deutschland. . . . .	191

1. Heimaufsichtsbehörden . . . . .	191
2. Medizinische Dienste (MD) . . . . .	193
II. Österreich . . . . .	194
1. Heimaufsichtsbehörden . . . . .	194
2. Bewohnervertretungen . . . . .	195
3. Pflegeanwaltschaften . . . . .	196
III. Vergleich . . . . .	196
1. Gemeinsamkeiten . . . . .	196
2. Unterschiede . . . . .	197
a) Meldung von freiheitseinschränkenden Maßnahmen . . . . .	197
b) Vernetzung der Heimaufsichtsbehörden . . . . .	197
B. Nationale Präventionsmechanismen zur Verhütung von Folter und Misshandlung . . . . .	198
I. Fakultativprotokoll der Vereinten Nationen zum Anti-Folter- übereinkommen . . . . .	199
II. Deutschland . . . . .	199
1. Nationale Stelle zur Verhütung von Folter . . . . .	199
2. Besuche in Einrichtungen der Altenpflege . . . . .	200
III. Österreich . . . . .	201
1. Kommissionen der Volksanwaltschaft . . . . .	201
2. Besuche in Einrichtungen der Altenpflege . . . . .	202
IV. Vergleich . . . . .	203
C. Resümee . . . . .	204
I. Meldung und Dokumentation von freiheitsentziehenden Maßnahmen mit Einwilligung des Betroffenen . . . . .	204
II. Systematische Vernetzung der Heimaufsichtsbehörden . . . . .	206
D. Fazit zum fünften Kapitel . . . . .	207
<b>6. Kapitel: Prävention von freiheitsentziehenden Maßnahmen . . . . .</b>	<b>209</b>
A. Haftungsrecht . . . . .	209
I. Präventionsfunktion des Haftungsrechts . . . . .	209
II. Deutschland . . . . .	210
1. Anspruchsgrundlagen . . . . .	210
2. Anspruchsgegner . . . . .	210
a) Pflegeeinrichtung . . . . .	211
aa) Rechtswidrige Anwendung . . . . .	211
bb) Pflichtwidrige Unterlassung . . . . .	211
cc) Unsachgemäße Durchführung . . . . .	213

b) Betreuer/Vorsorgebevollmächtigter . . . . .	214
aa) Rechtswidrige Anwendung . . . . .	214
bb) Pflichtwidrige Unterlassung . . . . .	215
c) Betreuungsrichter und Sachverständiger . . . . .	215
d) Staatshaftung des Landes . . . . .	216
aa) Passivlegitimation des Landes . . . . .	216
bb) Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	217
III. Österreich . . . . .	217
IV. Vergleich und Resümee . . . . .	218
B. Prävention durch Fortbildung und Beratung . . . . .	219
I. Deutschland . . . . .	219
1. Schulung des Pflegepersonals . . . . .	219
2. Erarbeitung von Präventionskonzepten . . . . .	220
3. Beratung von Betreuern und Vorsorgebevollmächtigten . . . . .	221
II. Österreich . . . . .	221
1. Schulung und Fortbildung des Pflegepersonals . . . . .	221
2. Beratung und Unterstützung durch die Bewohnervertretung . . . . .	222
III. Vergleich . . . . .	222
IV. Resümee . . . . .	223
1. Prävention durch Fortbildung . . . . .	223
a) Wirksamkeit von Schulungsprogrammen . . . . .	224
b) Verpflichtung zur Erarbeitung eines Präventionskonzepts . . . . .	225
c) Formulierungsvorschlag . . . . .	225
2. Prävention durch Beratung . . . . .	226
a) Institutionelle Beratungsangebote . . . . .	226
b) Vorschlag von Klie . . . . .	226
c) Vorschlag des Deutschen Ethikrates . . . . .	228
d) Formulierungsvorschlag . . . . .	228
C. Fazit zum sechsten Kapitel . . . . .	229
<b>7. Kapitel: Gesamtfazit . . . . .</b>	<b>231</b>
A. Wesentliche Erkenntnisse des Rechtsvergleichs . . . . .	231
I. Rechtliche Ausgangslage . . . . .	231
II. Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	232
III. Gerichtliche Überprüfung . . . . .	233
IV. Unterstützung durch Interessenvertreter . . . . .	234
1. Individuelle Interessenvertretung . . . . .	234

2. Neutrale Interessenvertretung . . . . .	235
V. Staatliche Kontrolle und Überwachung . . . . .	236
VI. Prävention . . . . .	236
B. Zusammenfassung der Thesen . . . . .	237
C. Reformvorschlag zur Regelung von freiheitsentziehenden Maßnahmen im Bereich der stationären Altenpflege . . . . .	242
D. Reformvorschlag zur Qualifikation von Betreuungsrichtern . . . . .	243
E. Reformvorschlag zur Einholung eines Sachverständigengutachtens . . . . .	244
F. Reformvorschlag zur Verfahrenspflegschaft in Unterbringungs- sachen . . . . .	244
G. Reformvorschlag zur Prävention von freiheitsentziehenden Maßnahmen. . . . .	245
<b>Anhang:</b>	
<b>Auszüge österreichischer Gesetzestexte . . . . .</b>	<b>247</b>
A. Heimaufenthaltsgesetz (HeimAufG). . . . .	247
B. Bundesverfassungsgesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit (PersFrG) . . . . .	254
C. Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB) . . . . .	257
D. Erwachsenenschutzvereinsgesetz (ErwSchVG) . . . . .	269
E. Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) . . . . .	272
F. Ärztegesetz 1998 (ÄrzteG 1998). . . . .	276
G. Außerstreitgesetz (AußStrG). . . . .	278
H. Volksanwaltschaftsgesetz 1982 (VolksanwG) . . . . .	279
I. Bundesverfassungsgesetz (BV-G) . . . . .	283